

Wenn die Öffentlichkeit als Richtstatt missbraucht wird – Anmerkungen zum Fall Jegge

Opfer als Täter und Täter als Opfer

Von René Zeyer

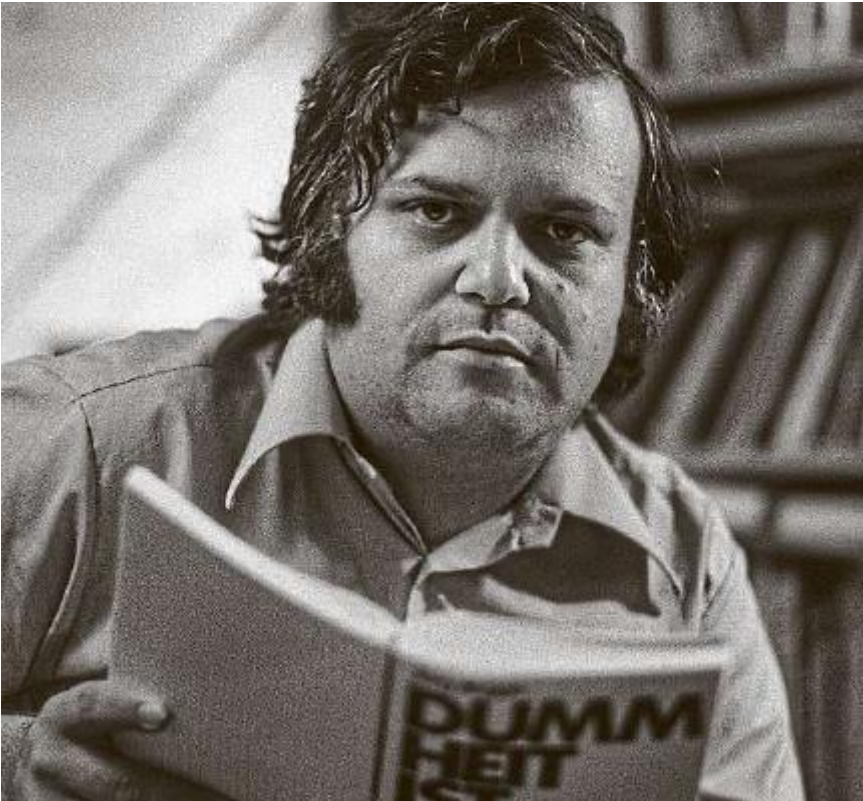
Der Pädagoge und Buchautor Jürg Jegge hat sexuelle Übergriffe, unter anderem auf Markus Zangger, den Autor des Werks «Jürg Jegges dunkle Seiten», eingestanden. Das war vor 40 Jahren strafbar, Missbrauch von minderjährigen Schutzbefohlenen ist auch heute strafbar. Dennoch ist Jegge rechtlich gesehen unschuldig und wird das auch bleiben, weil die Straftaten verjährt sind. Sorgt der Autor des «Ent-hüllungsbuchs» also für Gerechtigkeit, indem er an die Öffentlichkeit geht?

Der Applaus vieler ist ihm sicher. Hier erhebt ein Opfer die Stimme und zwingt einen Täter, seine Schuld einzugestehen. Dass damit zumindest dessen Reputation und Lebenswerk zerstört werden, ist nur die sozusagen übergesetzliche und wohlverdiente Strafe für einen Unhold, der hoffte, schweigend davonzukommen. Ist das so?

Dicke Post

Was ist von der Behauptung des Journalisten Hugo Stamm zu halten, der im Buch die Feder führte, er habe zu Recht darauf verzichtet, dem Ange-schuldigten die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, weil zu befürchten war, dass Jegge «die Veröffentlichung mit allen Mitteln zu verhindern versucht hätte»? Sorgt Stamm für Gerechtigkeit, wenn er gegen die primitivsten Regeln des Journalismus verstösst? Jedes seriöse Medium hätte die Veröffentlichung abgelehnt, wäre die Bedingung gewesen, dass der Betroffene vor der Publikation nicht mit solch schweren Vorwürfen konfrontiert wird.

Was ist vom Vorgehen des Anwalts Zanggers zu halten, der sagt: «Nach-



Geständig. Jürg Jegge machte mit «Dummheit ist lernbar» 1976 Furore. Foto Keystone

dem wir keine Einigung über eine Abfindung oder Schmerzensgeld finden konnten, wollte mein Mandant mit seiner Geschichte an die Öffentlichkeit treten»? Laut Jegge blieb er bis in die jüngere Vergangenheit in freundschaftlichem Kontakt mit dem Buchautor. Der sei dann plötzlich abgebrochen, und auf Jegges Vorschlag, mal drüber zu reden, «forderte er mich auf, ihm einen Brief zu schreiben. Das tat ich dann auch. Der Brief ist im Buch abgedruckt. Dann hörte ich eine Weile

nichts mehr, bis Post von Herrn Zanggers Anwalt kam», sagt Jegge der NZZ. Dicke Post. Zunächst mit einer Forderung über 50 000 Franken als Genugtuung und als Beteiligung am Urheberrecht von Jegges Bestseller «Dummheit ist lernbar» aus dem Jahre 1976. Als Jegge nicht zahlte, wurde eine zweite Forderung erhoben, vorläufig 10 000 Franken, als «Zeichen guten Willens». Als Jegge sich stattdessen einen Anwalt nahm, herrschte Schweigen – bis zur Buchpublikation.

Der Journalist hat das Recht in die eigenen Hände genommen, der Anwalt hat Beihilfe zu einem klaren Rechtsbruch geleistet. Denn er weiss, dass Vorwürfe dieser Art die Ehre und die Persönlichkeit Jegges verletzen, unabhängig von seinem Schuldeingeständnis. Und der Rechtsanwalt weiss, dass Jegge weder bestraft werden kann noch irgendwelches Geld schuldet. Was sind ihre Motive? Beide – natürlich auch der publizierende Verlag – gewinnen Aufmerksamkeit, die sich in der modernen medialen Gesellschaft in klingende Münze verwandeln lässt.

Gesteigerte Drohkulisse

Was ist das Motiv des Opfers? Wollte er eine Entschuldigung? Die hat er im Schreiben Jegges bereits bekommen: «... bleibt mir nur, mich ganz aufrichtig und herzlich bei dir zu entschuldigen.» Wollte er Geld? Offensichtlich, aber das hat er nicht bekommen. Obwohl der Autor planvoll vorging. Im Wissen um die Verjährung zunächst ein schriftliches «Geständnis», wie das Stamm als selbst ernannter Richter nennt, in die Hand bekommen. Dann durch einen willfähigen Anwalt 50 000 Franken fordern. Dann auf ein Fünftel des Betrags runtergehen. Und gleichzeitig nach 40 Jahren andere Betroffene suchen, um die Drohkulisse zu steigern.

Konfrontiert mit diesen Vorwürfen, will sich Zanggers Anwalt «rechtliche Schritte vorbehalten» und bestreitet jeden «Sachverhalt, der die Folgerung einer Erpressung ... in Erwägung ziehen könnte». Zudem bestreitet er, dass ein «tieferer Betrag offeriert worden» sei. Der vorliegende Schriftwechsel widerspricht dieser Behauptung.

Hätte Zangger das Buch nicht veröffentlicht, wenn seine finanziellen Forderungen befriedigt worden wären? Wir wissen es nicht. Kassiert er nun die 50 000 Franken aus dem Erlös des Buchverkaufs? Wir hoffen es nicht. Aber was wir wissen: Er will keine Gerechtigkeit, er will Rache. Er weiss, dass er als Opfer sexueller Übergriffe auf einen Schutzbefohlenen nur gewinnen kann, der Täter nur verlieren kann. Aber mit der Errichtung einer öffentlichen Richtstatt wird das Opfer zum Täter und der Täter zum Opfer.

Zangger wird zur verfolgenden Unschuld, die den Schuldigen in den öffentlichen Würgegriff nimmt. Beschädigt sind beide, wie immer, wenn jemand das Recht in die eigene Hand nimmt. Unterstützt von einem unanständigen Journalisten und einem pflichtvergessenen Anwalt.

Auf der Strecke bleibt die Gerechtigkeit, bleiben Regeln, Gesetze und die Rechtsstaatlichkeit. Unser letzter Schutzwall vor Barbarei und Faustrecht. Dieser Wall ist nicht perfekt, und mancher mag die Versuchung spüren, erlittenes Unrecht und dadurch ausgelöstes Leid als Legitimation zu empfinden, den Täter quälen zu dürfen, wie der selbst gequält hat. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Gnadenlos, auch viele Jahre nach der Untat, ohne Einsehen in das sinnvolle Instrument der Verjährung. Das können wir nicht wollen.

Wir können kein übergesetzliches Handeln wollen, so menschlich verständlich auch der Leidensdruck des Opfers sein mag. Schuldig gemacht haben sich nun beide; ineinander verklammert, werden sie bald schon aus dem flüchtigen Gedächtnis der Öffentlichkeit verschwinden.

ANZEIGE

DAS BESTE
NETZ
DER SCHWEIZ

CHIP

Testsieger

Mobilfunknetz Schweiz
CHIP 05/2017
Swisscom

Unabhängige Tests seit 1978

CC151498

Schnell wie der Blitz, Musik streamen im besten Netz.

Am besten abschalten kann Swisscom Kundin Johanna bei Langstrecken-läufen. Dank des besten Netzes streamt sie ihre Lieblingssongs überall. Auch dort, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen. swisscom.ch/netz

Bankgeheimnis wird befürwortet

52 Prozent für Schutz-Initiative

Bern. Die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», die das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern will, stösst in der Bevölkerung auf Zustimmung. Wäre im November darüber abgestimmt worden, hätte die Initiative eine knappe Mehrheit erreicht, wie eine Umfrage im Auftrag von Bankenverbänden zeigt.

Das Volksbegehren will das steuerliche Bankgeheimnis als Teil des Grundrechts auf Schutz der Privatsphäre in der Bundesverfassung verankern. Damit könnten die Steuerbehörden nur noch im Rahmen von Strafverfahren Informationen einholen und nur, wenn ein Gericht den Verdacht auf eine schwere Steuerstraftat bestätigt.

52 Prozent der Befragten gaben an, sich für die Vorlage auszusprechen, 27 Prozent waren dagegen. Die repräsentative Umfrage wurde von gfs Bern durchgeführt.

Besser kommt der Gegenvorschlag an: 60 Prozent der Befragten befürworten ihn. Der Bundesrat lehnt Initiative und Gegenvorschlag ab. Er warnt vor einer Verharmlosung der Steuerhinterziehung. Die Initiative ist bereits in der parlamentarischen Beratung. SDA

Privatpolizei an der Südgrenze

Ueli Maurer prüft Massnahme

Bern. Ende Dezember forderte Finanzminister Ueli Maurer, das Grenzwachtkorps sei mit fünfzig Militärpolizisten zu verstärken. Nachdem der Bundesrat diesen Vorschlag auf Eis gelegt hat, prüft Maurer nun Ersatzmassnahmen.

Zur Debatte steht der Einsatz privater Sicherheitsdienste. «Wir sind daran, diese Variante zu prüfen», sagte Maurer in der «Samstagsrundschau» von *Radio SRF*. Der Bund müsse rasch handeln, um das Grenzwachtkorps zu entlasten. Vergangenen Sommer habe die Situation dieses «an die Grenze der Belastung» gebracht. Das könne kein Dauerzustand sein. Ursprünglich hatte der Finanzminister beabsichtigt, das Grenzwachtkorps mit fünfzig Armeeangehörigen zu unterstützen. Zum Einsatz gekommen wären keine Durchdiener oder WK-Soldaten, sondern militärisches Berufspersonal.

Statt Militärpolizisten sollen private Sicherheitsleute das Grenzwachtkorps in seinen Aufgaben unterstützen – mit dem Nachteil, dass Letztere weniger gut ausgebildet seien und mehr kosteten. Denkbar sind laut Maurer Transport- und Bewachungsaufgaben oder die Pflege von Menschen. SDA

Nachrichten

Bund zahlt immer mehr Subventionen

Bern. Die Finanzhilfen des Bundes sind zwischen 2008 und 2016 um 28 Prozent auf 38,8 Milliarden Franken gestiegen. Im Vorjahresvergleich betrug das Wachstum 3,9 Prozent, wie die NZZ am Sonntag berichtete. SDA

Gewerbeverband ist für die Energiestrategie

Bern. Der Gewerbeverband unterstützt die Energiestrategie 2050, deren erstes Massnahmenpaket am 21. Mai vors Volk kommt. Die nächste Etappe, wie sie der Bundesrat vorsehe, wird laut Direktor Hans-Ulrich Bigler allerdings «nie eine Chance haben». SDA

Bundesamt für Polizei will zusätzliche Beamte

Bern. Für die Terrorismusbekämpfung hat das Bundesamt für Polizei 23 zusätzliche Stellen bekommen. Trotzdem sei die Behörde «am Anschlag», sagte Direktorin Nicoletta della Valle dem *Sonntagsblick*. SDA

Hani Ramadan ist zurück in der Schweiz

Genf / Paris. Der Leiter des islamischen Zentrums Genf, Hani Ramadan, ist am Samstag aus Frankreich in die Schweiz ausgewiesen worden. Das teilte das französische Innenministerium mit. Für Ramadan galt in Frankreich ein Aufenthaltsverbot. SDA